

Interview mit Präsident Josha Frey

Oberrheinrat will "den Dialog mit den Bürgern stärken"

Grenzüberschreitende Gremien gibt es zahlreiche in der Region. Was macht den Oberrheinrat so wichtig? Die Mittelbadische Presse hat nachgefragt.

26. Juli 2017



Josha Frey beim Festakt "20 Jahre Oberrheinrat" vor wenigen Wochen. © Büro Josha Frey

Vor 20 Jahren wurde der Oberrheinrat mit Mitgliedern aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz gegründet. Die Mittelbadische Presse sprach mit dem derzeitigen Präsidenten des Gremiums, dem grünen Landtagsabgeordneten Josha Frey aus Lörrach (58), über die Arbeit der Einrichtung.

Herr Frey, der Oberrheinrat ist einer größeren Öffentlichkeit völlig unbekannt. Was macht dieses trinationale Gremium genau – im Unterschied zu anderen grenzüberschreitenden Einrichtungen wie der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz oder den Eurodistrikten?

Josha Frey: Wie bei der Oberrheinkonferenz ist – im Unterschied zum Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau – unser Mandatsgebiet die trinationale Metropolregion, also Baden, das Elsass, die Nordwestschweiz und die südliche Pfalz. Allerdings sitzen bei uns im Oberrheinrat nur gewählte Vertreter wie Abgeordnete, Bürgermeister oder Landräte. In der Oberrheinkonferenz hingegen sind die Experten der Verwaltungen vertreten, also die Exekutive. Wichtig ist bei der grenzüberschreitenden Kooperation das Zusammenspiel dieser beiden Gremien. Wir spielen uns auch die Bälle zu und arbeiten an gemeinsamen Themen, um Verbesserungen für das Alltagsleben im Grenzgebiet zu erreichen.

Wie läuft das ab?

Frey: Wir verabschieden im Oberrheinrat Resolutionen zu wichtigen Themen, wie beispielsweise beim Umweltschutz, bei der Öffnung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes oder bei der grenzüberschreitenden Kooperation der Rettungsdienste. Diese Resolutionen

werden an die zuständigen Behörden in den jeweiligen Ländern weitergeleitet und wir setzen uns dann für Verbesserungen ein. So war die im Juni verabschiedete Resolution zu den nichtpolizeilichen Rettungsdiensten in Deutschland an das Bundes- und das Landesinnenministerium gerichtet. Ich erhoffe mir nun von diesen Stellen konkrete Initiativen, um Barrieren in diesem wichtigen Bereich abzubauen und die Versorgung zu verbessern.

Es gibt also eine ganze Reihe von gemeinsamen Initiativen mit der Oberrheinkonferenz?

Frey: Ja. So ist für den Herbst ein Treffen von Experten beider Gremien zum Thema »Verkehr und Raumordnung« geplant, um über gemeinsame Initiativen zu diskutieren. Ich halte es für wichtig, dass man bei der Raumplanung grenzüberschreitend zusammenarbeitet und auch die Bürger dabei noch mehr miteinbezieht. Gisela Erler, die baden-württembergische Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, hat ja einen entsprechenden »Leitfaden für eine neue Planungskultur« entwickelt, in dem das thematisiert wird. So könnte man vielleicht verhindern, dass am Oberrhein ein weiteres Akw Fessenheim gebaut wird. Auch mit den nun abgeschafften Roaminggebühren haben sich beide Gremien befasst, obwohl diese Regelung in der Schweiz als Nicht-EU-Mitgliedstaat noch nicht gilt.

Auch bei der Förderung der grenzüberschreitenden Ausbildung gab es ja Impulse von vielen Einrichtungen am Oberrhein.

Frey: Richtig. Beispielsweise wurde vor mehreren Jahren ein deutsch-französisches Rahmenabkommen für die berufliche Ausbildung abgeschlossen. Nun können etwa französische Schüler leichter ihre theoretische Berufsausbildung in Deutschland machen, während sie den praktischen Teil in ihrem Heimatland absolvieren. Wir gehen ganz pragmatisch an solche Probleme heran. Wir versuchen auch, für Handwerksbetriebe, die sich jenseits der Grenze engagieren wollen, Hürden abzubauen.

Sie sind der erste Grüne, der Präsident des Oberrheinrates ist. Was werden Sie anders machen als Ihre Vorgänger aus anderen Parteien?

Frey: Ich möchte natürlich die Debatte über bestimmte Themen fördern, die mir am Herzen liegen. So plane ich im Herbst, eine grenzüberschreitende Diskussion darüber zu führen, wie man gerade junge Menschen deradikalisieren kann – nicht nur Islamisten. Es geht auch um Übergriffe gegen Flüchtlinge und überhaupt um Leute, die »anders« sind. Mir geht es darum, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken und zu verhindern, dass bestimmte Gruppen ausgegrenzt werden. Wir hatten beispielsweise vor Kurzem Übergriffe gegenüber Ausländern in Weil am Rhein. Wir müssen zusehen, dass wir uns da nicht spalten lassen, sondern unsere gemeinsamen Anstrengungen verstärken.

Im Oberrheinrat sitzen insgesamt 71 Mitglieder aus drei Ländern. Kommen Sie da auf einen Nenner oder gibt es Konflikte?

Frey: Richtig ist, dass sich die politischen und administrativen Prozesse in den drei Ländern teils erheblich unterscheiden. So gibt es in Frankreich keinen Landtag mit Gesetzgebungskompetenzen wie in Deutschland. Die Unterschiede betreffen aber auch ganz einfache Gewohnheiten. Die Schweizer beenden meist ihre Arbeitssitzungen, wenn die vorher festgelegte zeitliche Grenze erreicht ist. In Deutschland und Frankreich wird dagegen geschafft, bis die Tagesordnung komplett abgearbeitet ist. Ich denke auch, dass es in Deutschland eher direkte und konfrontative Auseinandersetzungen gibt als in unseren Nachbarländern. Aber der Oberrheinrat ist natürlich eher ein konsensorientiertes Gremium.

Apropos Konsens: Wird das umstrittene Atomkraftwerk Fessenheim vom Netz genommen werden – jetzt mit einem neuen französischen Präsidenten und bei den radikal geänderten Mehrheitsverhältnissen in der Pariser Nationalversammlung?

Frey: Ich hoffe schon, dass es nach der Wahl des neuen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron relativ bald zu einer Abschaltung Fessenheims kommt. Noch als Macrons Vorgänger François Hollande im Amt war, wurde ja ein entsprechendes Dekret verabschiedet. Ich denke Macron wird nicht wieder davon abgehen, sondern diesen Beschluss durchsetzen. Es besteht ja immer noch der Plan, auf dem Gebiet, auf dem jetzt das Atomkraftwerk steht, später ein binationales Gewerbezentrum einzurichten. Da könnte es dann Verbindungen zum Gewerbepark Breisgau geben. Auch der Freiburger Universitätsrektor Hans-Jochen Schiewer, gleichzeitig Präsident des oberrheinischen Hochschulbündnisses »Eucor – The European Campus«, macht sich dafür stark. Es geht auch darum, den Leuten die Angst vor einer drohenden hohen Arbeitslosigkeit nach einer Abschaltung des Atommeilers Fessenheim zu nehmen.

Was hat sich der Oberrheinrat für die Zukunft vorgenommen?

Frey: Mir schwebt vor, dass man künftig auch grenzüberschreitende Regionalversammlungen einberuft, die dann mehr Kompetenzen bekommen, als nur Resolutionen zu verabschieden. Dann sollten die Mitglieder dieser Gremien aber auch direkt gewählt werden. Das würde die demokratische Legitimation dieser Gremien stärken. Ich fände es beispielsweise wichtig, bei der Gesundheitsversorgung einen grenzüberschreitenden Schulterschluss zu fördern und dabei die Bedürfnisse der Bürger stärker zu berücksichtigen. Es wäre angesichts der angespannten Lage in diesem Bereich etwa bei den Kliniken doch sinnvoll, wenn diese auf beiden Seiten der Grenze besser kooperieren könnten. Ich wäre ohnehin dafür, bei grenzüberschreitenden Projekten den Dialog mit den Bürgern zu verstärken – etwa bei der Planung von neuen Verkehrsverbindungen.

www.oberrheinrat.org

Autor:
Reinhard Reck